LZ-Rheinland

Artikel vom 18.12.2024 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 07:03 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/verbesserungen-fuer-landwirte

Verbesserungen für Landwirte



Foto: imago/Future Image

Bekämpfen von unlauteren Handelspraktiken

Die Europäische Kommission will die Position der Landwirte in der Wertschöpfungskette verbessern. Wie bereits im Frühjahr angekündigt worden war, hat die Brüsseler Behörde dazu nun ein entsprechendes Gesetzespaket vorgelegt. Geändert werden soll die Verordnung zur Gemeinsamen Marktorganisation (GMO). Zugleich sollen unlautere Handelspraktiken (UTP) auch im grenzüberschreitenden Handel besser eingedämmt werden. Neben Verbesserungen für die Landwirte will die Kommission außerdem erreichen, dass das „Vertrauen zwischen den Akteuren in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette wiederhergestellt“ wird.

Mit ihren Vorschlägen nimmt die Kommission nach eigenen Angaben eine Reihe von Empfehlungen des Strategischen Dialogs (SD) auf. Konkret soll die Position der Landwirte gestärkt werden, indem schriftliche Verträge zu einer allgemeinen Verpflichtung gemacht werden. Überdies schlägt die EU-Behörde vor, Mediationsmechanismen zwischen Landwirten und den Käufern ihrer Erzeugnisse verbindlich vorzuschreiben. Des Weiteren sollen Erzeugerorganisationen leichter als bisher gegründet werden können. Damit ihre Verhandlungsmacht gestärkt werden kann, sollen Mitgliedstaaten den Organisationen mehr finanzielle Unterstützung im Rahmen sektorspezifischer Interventionen der

Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gewähren können.

Zudem will die Kommission festschreiben, wann Begriffe wie „fair“, „gerecht“ und „kurze Lieferketten“ verwendet werden dürfen. Damit soll Missbrauch vorgebeugt werden. Auch soll die Möglichkeit für Landwirte und andere Akteure erleichtert werden, Nachhaltigkeitsinitiativen mit bestimmten sozialen Dimensionen zu vereinbaren. Genannt werden unter anderem die Unterstützung des Generationenwechsels, die Erhaltung der Lebensfähigkeit kleiner landwirtschaftlicher Betriebe oder die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Landwirten und Landarbeitern.

Parallel dazu schlägt die Kommission neue Vorschriften zur grenzüberschreitenden Durchsetzung der UTP-Richtlinie in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette vor. Laut Kommission stammen durchschnittlich rund 20 % der in einem Mitgliedstaat konsumierten Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse aus einem anderen EU-Land. Konkret verbessert werden soll die Zusammenarbeit der nationalen Durchsetzungsbehörden bei Themen wie Informationsaustausch, Ermittlungen und Sanktionen. Der Kommission zufolge kann dadurch auch der Handel auf dem EU-Binnenmarkt gestärkt werden.

Die vorgeschlagenen Anpassungen zur GMO sowie zur UTP werten die EU-Ausschüsse der Bauernverbände (Copa) und ländlichen Genossenschaften (Cogeca) als „proaktive Stärkung“ der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette. Für diese politischen Initiativen lobten die Verbände den neuen EU-Agrarkommissar Christophe Hansen. Nach Darstellung von Copa-Cogeca muss vor allem die UTP-Richtlinie sehr viel wirkungsvoller beim Kampf gegen Preisdumping werden. Gefordert wird auch eine aktualisierte Definition anerkannter unlauterer Handelspraktiken. Zudem sollten anonyme Beschwerden leichter ermöglicht und wirksame Durchsetzungsmechanismen nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch bei grenzüberschreitenden Transaktionen sichergestellt werden. *AgE*